



Dinosaurier des Jahres 2017

Joachim Rukwied

Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV)



Deutschlands peinlichster Umweltpreis geht dieses Jahr an: Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Präsident des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg und Präsident des Dachverbandes der europäischen Arbeitsgemeinschaft der Bauernverbände in der EU (COPA). Mit seiner Lobbyarbeit blockiert Joachim Rukwied eine grundlegende Agrarreform und somit den Aufbau einer umwelt- und naturverträglichen Landwirtschaft. Damit gefährdet er die natürlichen Lebensgrundlagen von uns allen und verhindert einen effizienten Einsatz unserer Steuergelder. Mit der durch ihn geprägten Politik des DBV und der europäischen Dachorganisation COPA wird der Aufbau ökonomischer Zukunftsperspektiven für viele Landwirte in Deutschland und Europa blockiert, die am Prinzip der Billigproduktion von Lebensmitteln nicht teilhaben können oder wollen.

Drei Gründe für die Verleihung an Joachim Rukwied

1. Joachim Rukwied verharmlost die Umweltprobleme der Landwirtschaft

In seinen Äußerungen und mit seiner Lobbyarbeit verharmlost der DBV-Präsident die fatale Umweltbilanz der Agrarpolitik. Statt ökologische Warnsignale wie das Insektensterben oder den dramatischen Rückgang von Feldvögeln ernst zu nehmen und sich der zunehmenden Kritik zu stellen, redet er Probleme klein, bestreitet sie oder lenkt von Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft ab. Schuldige sucht er allzu oft in anderen Bereichen.

Taktik Nr.1: Problem leugnen

Zahlreiche Umweltprobleme leugnet der DBV-Chef schlichtweg. In seiner Wahlkampfrede zur Wiederwahl als DBV-Präsident 2016 in Hannover sagte er etwa: „Wir brauchen (aber) keine Agrarwende! Die Bauern wirtschaften nachhaltig mit der Natur und

Kontakt

NABU-Bundesgeschäftsstelle

Kathrin Klinkusch

NABU-Pressesprecherin

Tel. +49 (0)30.284984-1510

Fax +49 (0)30.284984-3510

kathrin.klinkusch@NABU.de



Mehr unter:

www.NABU.de/dinosaurier

wir halten unsere Tiere tiergerecht!“ . Dass die EU-Kommission in ihrem Bericht zur Lage der Natur feststellt, dass die ländlichen Räume besonders vom dramatischen Artenschwund betroffen sind und dass die Akzeptanz der Landwirtschaft – gerade wegen des Themas Tierschutz – schwindet, ficht ihn offensichtlich nicht an.

Gleiches gilt für den Verlust an Ackerwildkräutern und die Verschlechterung des Grünlandes. Laut Agrarreport des Bundesamts für Naturschutz (2017) hat der Artenreichtum des Grünlands in den vergangenen fünf Jahren stark abgenommen, auch der Anteil der Ackerkräuter ist massiv gesunken. In den Flächen finden sich häufig nur noch wenige Arten, die sich oftmals zu Problemunkräutern entwickeln.

Das bestehende milliarden schwere Subventionssystem der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU verteidigt Rukwied vehement – obgleich dessen Versagen sowohl sozio-ökonomisch als auch ökologisch immer offensichtlicher wird. Die fatale Umweltbilanz des EU-Fördersystems leugnet er, obwohl diese in jüngsten Untersuchungen mehrfach bemängelt wurde. So hat der Europäische Rechnungshof erst im Dezember 2017 festgestellt, dass das mit zwölf Milliarden Euro pro Jahr geförderte „Greening“ lediglich auf fünf Prozent der Agrarflächen zu verbessertem Umweltschutz geführt hat. Joachim Rukwied: „Die deutschen Landwirte erbringen bereits auf jedem dritten Hektar freiwillig zusätzliche Leistungen für Natur- und Umweltschutz“ (Erfurter Erklärung zum Deutschen Bauerntag 2015). Dass es sich bei diesen Leistungen um das sogenannte „Greening“ handelt, welches von der EU zur Auszahlung von einem Drittel der Flächenförderung verlangt wird, verschweigt er. Darüber hinaus handelt es sich bei diesen Maßnahmen häufig um Zwischenfrüchte und Leguminosen, die zur Steigerung der Biodiversität nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Taktik Nr. 2: Die Schuld anderen geben

Wenn ein Umweltproblem zu offensichtlich wird, um es weiterhin ignorieren zu können, sucht der DBV-Präsident häufig Schuldige in anderen Bereichen. Seine Taktik: verschiedene Umweltprobleme gegeneinander ausspielen. Joachim Rukwied ignoriert etwa die unzähligen Nachweise für den negativen Einfluss der intensiven Landwirtschaft auf die Natur. Lieber verweist er mantrahaft auf den Flächenverbrauch als möglichen Verursacher: „Zweifellos haben wir einen Artenrückgang. Aber ist daran die Landwirtschaft schuld? [...] Wir haben allein in den vergangenen zehn, zwölf Jahren 860.000 Hektar an landwirtschaftlicher Fläche verloren, die ist zubetoniert worden. Das ist für mich der Haupteingriff in die Natur.“ (Interview DER SPIEGEL, 12.09.2015)

Dabei ignoriert er die Erkenntnisse zahlreicher Studien sowie offizielle Berichte von Regierungen und der EU-Kommission, die die Intensivierung der Landwirtschaft mit dem Verlust von Strukturen – wie Hecken, Ackerrändern und Brachen – und den anhaltend hohen Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden als Ursache für den Rückgang der Artenvielfalt ansehen. Klimawandel, Zersiedlung und Flächenverbrauch sind zweifellos ernsthafte Probleme für die Artenvielfalt – aber sie können der Landwirtschaft nicht die Verantwortung ersparen.

Taktik Nr. 3: Forschungs- statt Handlungsbedarf anmelden

Falls es doch unvermeidbar ist, die eigene Rolle der Landwirtschaft kritisch zu betrachten, spielt der Präsident des Deutschen Bauernverbandes reflexartig auf Zeit. In einer Pressemitteilung des DBV vom 17. Juli 2017 etwa wird behauptet, die Diskussion zum Insektensterben bewege sich in einer „Wolke der Unwissenheit“ und „bescheinigt in vollem Umfang“ den großen Klärungsbedarf.

Seine Forderung nach weiteren Untersuchungen, zur Not auch begleitet durch staatlich finanzierte Modellprojekte, verschafft ihm Zeit – möglichst bis zur dann bereits erfolgten Festlegung der Agrarsubventionen für das nächste Jahrzehnt. Aber ob die Agrarökosysteme und vielen Betriebe diese Zeit noch haben, ist eine andere Frage.

Seinen Handlungsbedarf in der Agrarpolitik sieht Rukwied darin, zusätzliche Gelder bei möglichst wenig Regeln zu erreichen. So fordert er im Interview mit der Tageszeitung taz: „Wir müssen eine deutliche Aufstockung der Direktzahlungen hinbekommen“ und „Wir setzen auf Innovation und nicht auf Ordnungsrecht“ (24.6.2017). Dabei verkennt er nicht nur den Stand der gesellschaftlichen Debatte sondern auch die finanzpolitische Lage in der EU.

2. Joachim Rukwied blockiert eine faire und umweltverträgliche Agrarförderung

Im Hinblick auf die milliardenschwere Agrarförderung der EU setzt sich der Bauernverbandspräsident für die Beibehaltung des ineffizienten und umweltschädlichen Status Quo ein. Von diesem System, das in erster Linie Geld pro Fläche auszahlt – unabhängig davon, ob dort besonders naturverträglich oder hochintensiv gewirtschaftet wird – profitieren vor allem große Betriebe. Ebenso profitieren Grundeigentümer und letztlich alle, die an einer immer intensiveren Landwirtschaft mitverdienen, beispielsweise Hersteller von Pestiziden.

Die gegenwärtige EU-Agrarpolitik bietet kaum Anreize und Unterstützung für natur schonende Landwirtschaft. Im Gegenteil: Wer zu möglichst niedrigen Kosten das Maximum aus Acker und Tieren herausholt, hat größere Chancen am Markt zu bestehen. Das Prinzip lautet: Masse statt Klasse. Landwirte werden dabei immer stärker abhängig von Dünger, Glyphosat und anderen Pestiziden.

Von den Agrarsubventionen profitieren nur wenige – das Höfesterben geht weiter

In Deutschland erhalten weniger als zwei Prozent der Betriebe 33 Prozent der direkten Agrarförderung. Unternehmen wie das Deutsche Milchkontor – mit Marken wie Milram oder Humana – bekommen allein 26 Millionen Euro pro Jahr (www.agrarfischerei-zahlungen.de/Suche). Fast 80 Prozent der Empfänger hingegen erhalten lediglich 5.000 Euro im Jahr oder weniger.

Seit Jahrzehnten besteht völlige Unklarheit darüber, was diese Zahlungen bewirken sollen. Besonders gravierend: Bezogen auf das enorme Budget gehen von den Zahlungen kaum positive Effekte für den Lebensstandard bedürftiger Landwirte oder die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum aus. Dies zeigt auch ein aktueller wissenschaftlicher „Fitness Check“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (Peér, Lakner et al., 2017). Er verdeutlicht wie hochgradig ineffizient die aktuelle Agrarpolitik ist – von den Umweltfolgen ganz zu schweigen.

Das Höfesterben geht infolgedessen weiter: Trotz der Subventionen haben in Deutschland seit 1960 rund 80 Prozent der Betriebe ihre Arbeit aufgeben müssen, die verbliebenen werden immer größer, immer weniger Höfe finden Nachfolger. Joachim Rukwied hält diesen Strukturwandel für annehmbar: „Ein Strukturwandel in dieser Größenordnung ist für mich ein akzeptabler Prozess“ (taz-Interview vom 24.6.2017). Sein Verweis auf andere Branchen mit ähnlichem Wandel unterschlägt jedoch, dass diese nicht von einer milliardenschweren Politik begleitet werden.

Massive Abwehrschlacht gegen Umschichtung von Förderung

Selbst gegen die kleinsten Fortschritte wehrt sich der DBV-Präsident – meist erfolgreich, vor allem durch seinen großen Einfluss auf die Bundesregierung und große Parteien. So wurde etwa eine minimale zusätzliche Umschichtung der pauschalen Agrarzahungen hin zu gezielterer Förderung von Naturschutz und ländlicher Entwicklung verhindert. Und das trotz einer Initiative des Bundesrats, die vorsah, wenigstens 1,5 Prozent umzuschichten. Dazu positionierte sich der Bauernverband Anfang 2017 deutlich abweisend: „Eine zusätzliche nationale Umverteilung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule der EU-Agrarpolitik ab 2018, wie sie der Bundesrat aktuell diskutiert, lehnt der Deutsche Bauernverband (DBV) entschieden ab.“ (Pressemitteilung des DBV vom 22.02.2017).

Vorgeschoben wurde dabei das Argument, die sogenannte Erste Säule sei mit ihren Pauschalzahlungen unverzichtbar für das Einkommen der Landwirte. Doch ein sehr großer Teil dieser Ersten Säule geht an Empfänger wie das deutsche Milchkontor, die Molkerei Ammerland oder die Ostmilch Handels GmbH, die diese Förderung kaum benötigen – und durch eine Erbringung öffentlicher Leistungen auch kaum rechtfertigen könnten.

Protest gegen Pestizideinschränkung und Jubel für Glyphosat-Zulassung

Als EU-Agrarkommissar Phil Hogan Anfang 2017 vorschlug, den Pestizideinsatz zumindest auf den sogenannten ökologischen Vorrangflächen zu verbieten, schlug der Bauernverband Alarm. Auf diesen Flächen, die im Rahmen des „Greenings“ der GAP zumindest bei einigen Betrieben auf wenigen Prozent ihrer Fläche dem Erhalt der Artenvielfalt zur Verfügung stehen sollen, ist durch eine Reihe von Ausnahmen der Anbau von Eiweißpflanzen sehr beliebt – und mit dem Einsatz von Pestiziden lukrativ.

Nachdem das Pestizidverbot knapp das EU-Parlament passiert hatte, beklagte der DBV das Schicksal der tropischen Regenwälder: „Damit wird der in der EU seit 2014 um rund 75 Prozent gestiegene Eiweißpflanzenanbau wieder erheblich zurückgeworfen. [...] Entsprechend wird der Importbedarf von Eiweißfuttermitteln wie Sojaschrot aus Drittländern wieder ansteigen“ (DBV-Pressemitteilung vom 14.06.2017). Dass eine sinnvolle Eiweißstrategie außerhalb der Biodiversitäts-Flächen umgesetzt werden könnte, ist für den DBV offenbar undenkbar.

Die Neuzulassung des Totalherbizids Glyphosat in der EU fand erwartungsgemäß den Beifall des DBV-Präsidenten: „Die heute erfolgte Verlängerung der Glyphosat-Zulassung ist ein überfälliger und folgerichtiger Schritt. [...] Insbesondere die Zustimmung Deutschlands hat nun klare Verhältnisse geschaffen.“ (DBV-Pressemitteilung vom 27.11.2017). Dass durch diesen Vorgang nicht nur die Umweltbilanz und das Vertrauen von vielen Millionen Bürgerinnen und Bürgern in die Landwirtschaft weiter Schaden nimmt, scheint bei der Bewertung durch den Bauernverband zweitrangig zu sein. Dabei sollte Joachim Rukwied als Bauernverbandspräsidenten klar sein, dass die milliardenschwere Agrarförderung ganz wesentlich von der gesellschaftlichen Akzeptanz abhängt. Das Pestizidproblem lässt sich nicht durch ein trotziges „Weiter so“ aus der Welt schaffen.

Widerstand gegen neues Düngerecht

Ebenso sträubt sich die Spitze des DBV gegen neue Regeln im Düngerecht, verharmlost dabei die Nitrat-Problematik und stellt fest: „[dass die] deutsche Düngeverordnung sich

bewährt hat und auch in Zukunft für weitere Verbesserungen im Gewässerschutz sorgen wird.“ (Beschluss des DBV-Präsidiums zur Düngeverordnung)

Deutschland habe im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten die europäische Nitratrichtlinie flächendeckend umgesetzt. Deshalb sei für „die Landwirte“ – als deren Sprachrohr sich der DBV sieht – die Forderung nach einer grundlegenden Novellierung der Düngeverordnung nicht nachvollziehbar. Dass sogar die Europäische Kommission Deutschland wegen der Nichtumsetzung der Nitratrichtlinie verklagt hat, scheint zweitrangig. Untersuchungen des Umweltbundesamts stellen fest, dass an 27 Prozent der Messstellen in Deutschland die Nitratwerte über dem zulässigen Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter Wasser liegen und die bisherige Düngeverordnung somit gescheitert ist. Auch diese Ergebnisse werden vom DBV angezweifelt.

3. Joachim Rukwied gibt vor, im Interesse der Bauern zu handeln – stattdessen setzt er ihre Zukunft aufs Spiel

In unzähligen öffentlichen Äußerungen stellt sich der DBV-Chef als Vorkämpfer der Bäuerinnen und Bauern dar, gerne auch der „Bauernfamilien“. Die allermeisten Landwirte sind aus praktischen Gründen Mitglied im Deutschen Bauernverband, weniger aus politischen. Als Mitglied profitieren sie von zahlreichen Service-Leistungen.

Dass Joachim Rukwied mit seinem Handeln eine Politik befördert, die im Interesse der meisten Bauern ist, muss stark bezweifelt werden. Durch seine Verweigerungshaltung gegenüber grundlegenden Reformen der EU-Agrarpolitik setzt er das gesamte System aufs Spiel. Trotz knapper werdenden Mitteln verlangt er mehr Steuergeld und „business as usual“. Wie zuvor erwähnt schwindet die Akzeptanz für die jetzige Form der Landwirtschaft bei Verbrauchern zusehends.

Dass Joachim Rukwied nicht immer im Interesse aller Landwirte handelt, zeigt auch folgendes Beispiel: Nicht zuletzt aufgrund der Ermutigung durch den DBV haben nach Wegfall der Milchquote viele Milchbetriebe in der EU die Anzahl ihrer Tiere erhöht. Dies zwang viele von ihnen beim Einbrechen der Preise im Jahr 2015 zum Aufgeben. Als Folge der Milchkrise hat der Bund der Milchviehhalter (BDM) den Deutschen Bauernverband verlassen. Viele Milchviehhalter sahen sich nicht verstanden und fühlten sich durch den DBV nicht vertreten.

Zudem werden Diskussionen in den eigenen Reihen häufig schnell erstickt. Von der „Nachhaltigkeitsoffensive“ des Westfälisch-Lippischen-Landwirtschaftsverbands (November 2016), die sehr selbstkritisch mit den Umweltproblemen der Landwirtschaft umging, hat man schnell nicht mehr viel gehört.

Wer profitiert?

Das gegenwärtige Agrarsystem nützt kaum jemandem – außer jenen Unternehmen, die immer größere Marktanteile erobern, nach dem Motto „Wachse oder weiche“. Dies gilt für Produzenten von Lebensmitteln ebenso wie für Hersteller von Pestiziden. Auch Grundeigentümer profitieren – in vielen Fällen werden die EU-Agrarsubventionen über Pachtpreise an sie weitergereicht.

Ein Beispiel für die engmaschige Lobbyarbeit der Agrarbranche ist der Verein Friedensbrot e.V. (www.friedensbrot.eu), dessen offizielles Anliegen es laut Satzung ist, „einen Beitrag zu leisten, den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Friedenssicherung in

NABU-Kampagne „LivingLand“

258 708 Teilnehmer sowie 600 Organisationen, Institutionen und Unternehmen setzen sich im Zuge der LivingLand - Kampagne für eine andere EU-Agrarpolitik ein.

www.NABU.de/abstimmen

Europa und der Welt und nachhaltiger Landwirtschaft zu verdeutlichen“. Allem Anschein nach ist es dem Verein aber auch ein Anliegen, die Direktzahlungen der GAP zu erhalten. So meldete Agrar Europe am 16.10.2017, nach Ansicht des Vorsitzenden Adalbert Kienle und des Geschäftsführers Gibfried Schenk „vertrage die künftige EU-Agrarpolitik keine revolutionären Änderungen“. Die Direktzahlungen blieben „absolut dringlich“. Kienle ist langjähriger Funktionär des Deutschen Bauernverbandes, Schenk arbeitete bei BASF. Der Verein wird unterstützt von großen Agrarkonzernen wie Claas, BASF und Bayer, aber auch von der Landwirtschaftlichen Rentenbank sowie dem Raiffeisenverband, bei denen Rukwied im Vorstand sitzt. Schirmherr ist Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt.

Die Ämter des Joachim Rukwied

Joachim Rukwied ist Präsident des Landesbauernverbands Baden-Württemberg, Präsident des Deutschen Bauernverbands und des europäischen Agrarverbands COPA. Zudem ist er in diversen Aufsichtsräten und Beiräten beschäftigt. Er sitzt im Beirat der DZ Bank AG, der viertgrößten Bank in Deutschland mit einer Bilanzsumme von 408 Milliarden Euro im Jahr 2015, ist Mitglied im Verwaltungsrat der KfW-Bankengruppe, der weltweit größten nationalen Förderbank mit einer Bilanzsumme von 503 Milliarden Euro, sowie der landwirtschaftlichen Rentenbank. Auch bei verschiedenen Agrarfirmen ist er im Aufsichtsrat zu finden. So sitzt er unter anderem im Beirat der BayWa, des größten deutschen Agrarhandelskonzerns, einem Unternehmen mit 16.711 Mitarbeitern und Umsatzerlösen von 15 Millionen Euro und ist Vorstandsmitglied bei der Süddeutschen Zuckerverwertungsgenossenschaft. Diese Genossenschaft vertritt die Interessen jener Landwirte, die Anteile an der Südzucker AG, dem größten Zuckerproduzenten der Welt mit einem Umsatz von 6,8 Milliarden Euro pro Jahr haben. Außerdem ist er Aufsichtsratsvorsitzender von LandData und dem Raiffeisenverband. Darüber hinaus ist er Mitglied im Rundfunkrat des SWR.

Vorschläge für eine naturverträgliche und faire Landwirtschaft

Jahrhundertlang war die Landwirtschaft entscheidend für das Entstehen artenreicher Kulturlandschaften. Die Nutzung durch Bauern hat diese oft kleinräumigen Landschaften erhalten. Doch mit Beginn der Intensivierung der Landwirtschaft ist die Biodiversität in der Agrarlandschaft stark zurückgegangen, dieser Trend setzt sich weiter fort. Seit Jahrzehnten zementiert die EU-Agrarpolitik mit ihrem Fördersystem diesen Trend – statt Anreize zu setzen naturverträglich zu wirtschaften zwingt sie die Betriebe, zu möglichst niedrigen Kosten das Maximum aus ihren Böden und Tieren herauszuholen. Dies geht zu Lasten von Verbrauchern, Umwelt, Steuerzahlern und künftigen Generationen.

Der NABU fordert daher gemeinsam mit seinen europäischen Partnerorganisationen, die Gemeinsame Agrarpolitik der EU ab 2021 vollständig zu ersetzen. An ihre Stelle muss eine neue Ernährungs- und Landnutzungspolitik treten, die eine nachhaltige, sich langfristig selbst tragende Lebensmittelproduktion aufbaut, hohe Umwelt- und Tierschutzstandards garantiert und faire Preise erzielt. Teil dieser Politik muss die ausreichende Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen von Landnutzern und anderen Akteuren sein.

Ziele bis 2030 müssen sein:

- der Aufbau einer nachhaltigen, sich langfristig selbst tragenden Lebensmittelproduktion, die hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt und faire Preise erzielt
- die attraktive Honorierung von konkreten Naturschutzleistungen von Landnutzern und die Finanzierung der Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien
- die Mitgestaltung dieser Politik durch alle politischen Ressorts, die ein Interesse an einem lebendigen ländlichen Raum, einer intakten Umwelt, Entwicklungschancen außerhalb Europas und gesunden Lebensmitteln haben.

Dafür muss die EU ab 2020 die sogenannte „Erste Säule“ der GAP durch gezielte **Transformationshilfen** ersetzen. Damit können Betriebe die Produktion und Vermarktung auf hohe Umwelt- und Tierschutzstandards einstellen und sich neue ökonomische Perspektiven aufbauen. Dazu gehört unter anderem eine wesentlich stärkere Förderung der Umstellung auf Ökolandbau sowie Regionalvermarktung.

Gleichzeitig muss in die Nachfrage und Zahlungsbereitschaft für naturverträglich produzierte Lebensmittel investiert werden, unter anderem durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Lebensmitteltransparenz und nachhaltige Versorgung in öffentlichen Einrichtungen. Auch die Minimierung der Lebensmittelverschwendung muss ein Ziel des Investitionsfonds sein.

Die Einrichtung des EU-Naturschutzfonds bildet den Kern einer grundlegenden Reform der Naturschutzfinanzierung in Europa. Als Verkörperung eines neuen gesellschaftlichen „Naturschutzvertrages“ muss der Fonds insbesondere für jene ein attraktives zusätzliches Einkommen bieten, die (Dienst-)Leistungen für die Gesellschaft und den Erhalt der Biodiversität erbringen – und auf deren Leistungen die Gesellschaft dauerhaft angewiesen ist. Gleichzeitig müssen auch investive Naturschutzmaßnahmen gefördert werden, die staatliche und nicht-staatliche Akteure für den Schutz von Arten und Gebieten durchführen.

Für den Fonds müssen mindestens 15 Milliarden Euro pro Jahr zweckgebunden im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) festgeschrieben werden. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis muss die Ausgestaltung der Förderprogramme unter der Verantwortung der fachlich kompetenten Naturschutzbehörden stehen, von der EU- bis zur Landesebene. Für die Umsetzung sollten weitestgehend bestehende Verwaltungsstrukturen genutzt und der Aufwand für die Antragsteller möglichst gering gehalten werden.

Eine einfach angelegte „**Space for Nature**“-Prämie soll die zusätzliche Förderung von naturnahen Betriebsflächen, die nicht der Produktion unterliegen, ermöglichen.

Fit – fair – nachhaltig

In einer wissenschaftlichen Studie berechneten die Agrarökologen und -ökonomen Rainer Oppermann und Sebastian Lakner (2016), dass bei einer Umschichtung der Mittel hin zu einer naturverträglicheren Landwirtschaft viele Landwirte finanziell gleich gut oder besser gestellt wären als jetzt. Besonders Landwirte, die zurzeit auf ungünstigen Standorten unter schweren Bedingungen arbeiten, würden von dem neuen System profitieren. Auch Gebiete, die besonders wertvoll für die Natur sind, zum Beispiel Natura-2000-Gebiete, würden von einer Umverteilung profitieren. Bisher erhalten diese Gebiete nur ein bis zwei Prozent der europäischen Agrarförderung (Peér et al. 2017).

Reduzierung von Pestiziden und Düngemitteln

Eine Reduzierung von Pestiziden und Düngemitteln muss neben einer Umschichtung der Agrarförderung auch durch ordnungsrechtliche Vorgaben erreicht werden. Maßnahmen des „Integrierten Pflanzenschutzes“ müssen effektiv umgesetzt werden. Das bedeutet, dass erst pflanzenbauliche Maßnahmen – wie eine vielfältige Fruchtfolge, ein Wechsel von Früchten im Sommer und Winter, die Förderung von Nützlingen sowie mechanische und biologische Mittel – ausgeschöpft werden müssen, ehe Pestizide zum Einsatz kommen. Für die Düngung bedeutet dies ein Nachschärfen der jetzigen Düngeverordnung und deren konsequente Umsetzung, um Gewässer und andere Lebensräume vor Überdüngung und dem dadurch drohenden Artenverlust zu schützen.

Weitere Informationen unter:

www.NABU.de/dinosaurier

www.NABU.de/agrarreform2021

www.NABU.de/GAPcheck